

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Philipp Panzer

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Claus Westerman

Es fehlte entschuldigt: Ratsmitglied August Desenz

Verwaltung:

Herr Stoffers
Herr Gniech
Frau Wolbergs
Frau Rebmann - Protokollführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 17. Dezember 2007
- 3 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

- 3.1 Übernahme von Anwärtern des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes
- 3.2 Übernahme von Auszubildenden
- 3.3 Einstellung einer Fachärztin bzw. eines Facharztes für Psychiatrie oder alternativ einer/s Dipl.-Psychologin/en
- 3.4 Unbefristete Einstellung einer Dipl.-Psychologin
- 3.5 Einstellung eines Sozialpädagogen
- 3.6 Einstellung einer Juristin/eines Juristen
- 3.7 Einstellung einer Sachbearbeiter/in für das Job-Center
- 4 Angelegenheiten von Beamten
 - 4.1 Beförderung Klaus Fischer
 - 4.2 Beförderung Petra Burmeister
 - 4.3 Beförderung Udo Weiß
 - 4.4 Beförderung Heike Hanseemann
 - 4.5 Beförderung Annemarie Hasselhorn
 - 4.6 Beförderung Jürgen Feike
 - 4.7 Beförderung Gerold Gießenberg
 - 4.8 Beförderung Peter Bär
 - 4.9 Beförderung Michael Koch
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Prävention im Kinder- und Jugendbereich

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 17. Dezember 2007

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 17.12.07 wird genehmigt.

- 3 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

- 3.1 Übernahme von Anwärtern des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Übernahme von bis zu fünf Anwärtern des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes: Nils Riewe, Hendrik Wolf, Tim Strößenreuther, Mathias Meyer und Matthias Hem in das Beamtenverhältnis auf Probe mit Wirkung vom 01.04.2008 wird vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung und der Erfüllung der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen zugestimmt.

- 3.2 Übernahme von Auszubildenden

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und erklärte auf Anfrage von Herrn Föhlinger, dass nicht daran gedacht sei, die Auszubildenden bei städtischen Töchtern einzusetzen; es bestünden Vakanzen sowohl bei der Stadt als auch bei der ARGE, so dass man auch daran denke, die Auszubildenden dort einzusetzen.

Herr Gniech gab eine Änderung in der Beschlussvorlage bekannt: Im Bereich der Verwaltungsfachangestellten muss der Beschluss lauten „im Anschluss an das Ausbildungsverhältnis in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis“ und nicht „zum 1.8.2008“, da das Ausbildungsverhältnis mit Ablegung der Prüfung endet.

Beschluss (einstimmig Ja)

StadtsekretäranwärterInnen

- a. **Vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung mit einem mindestens guten Gesamtergebnis (mindestens 11 Punkte) und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der sonstigen beamtenrechtlichen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Übernahme von bis zu drei StadtsekretäranwärterInnen (Dennis Faber, Svenja Heeren, Sandra Mittelstädt) zum 01.08.2008 in das Beamtenverhältnis auf Probe zugestimmt.**

Vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung mit einem mindestens befriedigenden Gesamtergebnis (mindestens 8 Punkte) und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der

Übernahme von bis zu drei der o.g. StadtsekretäranwärterInnen zum 01.08.2008 in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis zum Erwerb von Berufspraxis zugestimmt.

- b) Vorbehaltlich des Bestehens der Laufbahnprüfung wird der Übernahme des Stadtsekretäranwärters Rainer Bentzinger zum 01.08.2008 in das Beamtenverhältnis auf Probe zugestimmt.

Verwaltungsfachangestellte

Vorbehaltlich des Bestehens der Abschlussprüfung mit einem mindestens befriedigendem Gesamtergebnis (mindestens 8 Punkte) und Bewährung in der Praxis sowie bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird der Übernahme von bis zu vier Auszubildenden/Verwaltungsfachangestellten (Claudia Braams, Sandra Brockschmidt, Nicole Kabbe, Michael Otto) im Anschluss an das Ausbildungsverhältnis in ein für ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis zugestimmt.

Bei Bedarf und Bewährung in der Praxis und einem mindestens guten Gesamtergebnis in der Abschlussprüfung (mindestens 11 Punkte) wird einer unbefristeten Übernahme nach Ablauf des befristeten Vertrages zugestimmt.

3.3 Einstellung einer Fachärztin bzw. eines Facharztes für Psychiatrie oder alternativ einer/s Dipl.-Psychologin/en

Herr Stoffers beschrieb die Situation des sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes, hier gäbe es stetig steigende Fallzahlen. Auch die Zahl der Gutachten steige erheblich, so dass der sozialpsychiatrische Dienst verstärkt werden müsse. Zunächst sei hier an eine Wiederbesetzung gedacht, denn der psychologische Psychotherapeut gehe in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Man werde versuchen, diese Stelle mit einem Facharzt für Psychiatrie zu besetzen; hierzu sei man aus formalen Gründen auch verpflichtet. Es sei daher unabdingbar, diese Stelle mit Entgeltgruppe 15 auszuschreiben. Wenn es trotzdem nicht gelänge, einen Facharzt für diese Aufgabe zu gewinnen, werde man alternativ eine/einen Dipl.-Psychologin/en einstellen.

Herr Föhlinger verwies darauf, dass die Verpflichtung besteht, einen Facharzt in diesem Bereich vorzuhalten. An finanziellen Gründen sollte dies nicht scheitern. Allerdings solle dieses hohe Einstiegsentgelt nur für einen Facharzt gelten und nicht etwa für einen Dipl.-Psychologen.

Beschluss (einstimmig Ja)

Für den sozialpsychiatrischen Dienst ist eine Fachärztin bzw. ein Facharzt für Psychiatrie oder alternativ ein/eine Dipl.-Psychologe/in einzustellen.

3.4 Unbefristete Einstellung einer Dipl.-Psychologin

Herr Stoffers erklärte, dass man vor zwei Jahren Frau Bock zunächst befristet eingestellt habe. Frau Bock ergänze das Team im Beratungszentrum, sie habe sich bewährt und so möchte man Frau Bock gern unbefristet mit 19,5 Stunden unbefristet weiter beschäftigen.

Beschluss (einstimmig Ja)

Die Dipl.-Psychologin Johanna Bock ist ab 1.5.2008 nach Entgeltgruppe 13 TVöD mit 19,5 Stunden/Woche unbefristet einzustellen.

3.5 Einstellung eines Sozialpädagogen

Herr Stoffers erläuterte, dass Herr Gerjets im Freizeitzentrum Nord sehr gute Arbeit leiste, die Befristung sei allerdings jetzt abgelaufen und daher möchte man ihn unbefristet weiter beschäftigen.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Sozialpädagoge Jan Gerjets ist ab 1.5.2008 nach Entgeltgruppe 9 TVöD – Vollzeit – unbefristet einzustellen.

3.6 Einstellung einer Juristin/eines Juristen

Herr Stoffers beschrieb die Situation im Rechtsamt, nachdem die im August eingestellte Juristin sehr schwer und langfristig erkrankt sei. Es bestünde dringend Unterstützungsbedarf, um die derzeit laufenden Verfahren abzuarbeiten.

Herr Föhlinger äußerte Bedenken, ob es möglich sei, einen qualifizierten Juristen für eine Halbtagsstelle zu gewinnen. Auch im Hinblick auf die wachsende Zahl der Verfahren hielte er es für sinnvoll, die Stelle als Vollzeitstelle auszuschreiben.

Herr Stoffers verwies auf das Veberas-Papier; es sei seinerzeit ein Kompromiss ausgehandelt worden, um wenigstens eine halbe Stelle zu besetzen. Fraglich sei allerdings tatsächlich, ob man bei Ausschreibung einer halben Stelle, dazu noch befristet, qualitativ hochwertiges Personal bekommen könne. Im Haushalt sei im übrigen eine Vollzeitstelle nicht eingeplant.

Herr Föhlinger sah sich als Mitglied des Personalausschusses nicht verpflichtet, dem Veberas-Gutachten zu folgen. Er sehe die derzeitige Situation im Rechtsamt; hier seien genügend Aufgaben für einen Vollzeit-Juristen vorhanden. Er stellte den Antrag, eine Vollzeitstelle auszuschreiben.

Auf Anfrage von Herrn Felbier erklärte Herr Stoffers, dass man sich zwar von Fachanwälten, zum Beispiel im Hinblick auf die Ansiedlungsverfahren, vertreten lasse, es aber dennoch eine Vielzahl von Fragen gebe, die auf die städtischen Juristen zukämen. Gerade die Kommunikation mit den Fachanwälten erforderten einen erheblichen Zeitaufwand.

Herr Felbier formulierte die Vorlage entsprechend des Antrags von Herrn Föhlinger als Vollzeitstelle und ließ abstimmen.

Beschluss (einstimmig Ja)

Zum nächstmöglichen Termin ist ein Jurist/eine Juristin für das Rechtsamt nach Entgeltgruppe 13 TVöD in Vollzeit für die Dauer von zwei Jahren einzustellen.

3.7 Einstellung einer Sachbearbeiter/in für das Job-Center

Herr Stoffers stellte dar, dass im Job-Center Personalbedarf bestehe. Es gäbe eine Mitarbeiterin, deren Vertrag jetzt auslaufe. Diese Mitarbeiterin wolle man gern für weitere zwei Jahre einsetzen, so dass die Stadt mit ihr einen Vertrag abschließen und sie dann der ARGE zuweisen wolle.

Herr Ender betonte, dass man diese Stelle ausschreiben müsse, es gäbe eine Reihe von Auszubildenden, die immer noch eine Stelle suchten.

Herr Stoffers verwies darauf, dass man nur in Ausnahmefällen mit befristeten Verträgen arbeiten solle, da es häufig eine moralische Verpflichtung auf Weiterbeschäftigung gäbe. In diesem Fall sei sicher, dass nach Ablauf der zwei Jahre keine Verlängerung des Vertrages eingefordert werde. Im übrigen habe das Job-Center dringend darum gebeten, die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterin zu ermöglichen.

Beschluss (6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Zum nächstmöglichen Termin ist eine Sachbearbeiter/in für das Job-Center befristet für zwei Jahre nach Entgeltgruppe 8 TVÖD einzustellen.

4 Angelegenheiten von Beamten

4.1 Beförderung Klaus Fischer

Herr Stoffers fasste die Voraussetzungen zusammen, die zu den jeweiligen Beförderungen führten. Zum einen ein wirksamer Stellenplan, eine sachgerechte Bewertung durch die Bewertungskommission, die Genehmigung des Haushalts sowie die persönlichen Voraussetzungen des Stelleninhabers.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Stadtamtmann Klaus Fischer, Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtamtsrat zu ernennen.

4.2 Beförderung Petra Burmeister

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig Ja)

Die Stadtoberinspektorin Petra Burmeister, Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Stadtamtfrau zu ernennen.

4.3 Beförderung Udo Weiß

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Auf Anfrage von Frau Bauermeister, welchen Abschluss Herr Weiß ablegen werde, erklärte Herr Gniech, dass es sich um den Abschluss zum Diplom-Betriebswirt handele, der Schwerpunkt der Ausbildung liege auf dem doppelten Haushalts- und Kassenwesen.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Stadtamtmann Udo Weiß, Rechnungsprüfungsamt, ist frühestens zum 1.5.2008 zum Stadtratsrat zu ernennen.

4.4 Beförderung Heike Hansemann

Herr Stoffers verwies darauf, dass die zusätzlichen Kosten nicht aus dem Haushalt der Stadt gezahlt würden sondern vom Eigenbetrieb aufgebracht werden müssen. Die Kosten seien im Wirtschaftsplan eingerechnet.

Dem widersprach Herr Ender; auf seine Anfrage hin sei er informiert worden, dass keine zusätzlichen Mittel für Personalkosten beim Eigenbetrieb Straße und Grün eingeplant worden seien. Er kritisierte, dass der Eigenbetrieb rote Zahlen schreibe und gleichzeitig würden Beförderungen realisiert, für die keine Gelder eingestellt worden seien.

Auch Herr Föhlinger warnte davor, Beförderungen auszusprechen, die letztlich wegen nicht vorhandener Mittel nicht realisiert werden könnten.

Herr Stoffers erklärte, dass sich durch die Beschlussfassung im Personal- und Gleichstellungsausschuss und im Verwaltungsausschuss kein Rechtsanspruch auf die Beförderungen ergebe. Die Durchführung einer Beförderung könne aber immer davon abhängig gemacht werden, ob die Haushaltsmittel vorhanden seien oder nicht. Es gäbe offenbar ein Dissens, ob der Wirtschaftsplan diese Kosten vorsehe. Die Verwaltung habe die Information bekommen, dass die Mittel dort vorhanden seien. Man müsse auch berücksichtigen, dass es um eine Summe von ca. 16.000 € pro Jahr gehe. Dies sei im Verhältnis zu den übrigen Personalkosten des Eigenbetriebes eine eher geringe Summe.

Herr Föhlinger schlug vor, darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungsausschuss darauf achten möge, dass die Deckung der Mehrkosten durch den Werksleiter bestätigt wird. Nur unter diesem Vorbehalt solle man den Beförderungen zustimmen.

Beschluss (7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Die Stadtratsrätin Heike Hansemann, Straße und Grün in Wilhelmshaven, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Stadtoberamtsrätin zu ernennen.

4.5 Beförderung Annemarie Hasselhorn**Beschluss (7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Die Stadtmutter Annemarie Hasselhorn, Straße und Grün in Wilhelmshaven, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Stadtratsrätin zu ernennen.

4.6 Beförderung Jürgen Feike**Beschluss (einstimmig Ja)**

Der Stadtoberinspektor Jürgen Feike, Straße und Grün in Wilhelmshaven, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtamtmann zu ernennen.

4.7 Beförderung Gerold Gießenberg

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Brandamtmann Gerold Gießenberg, Fachbereich Feuerwehr, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Brandamtsrat zu ernennen.

4.8 Beförderung Peter Bär

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Brandamtmann Peter Bär, Fachbereich Feuerwehr, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Brandamtsrat zu ernennen.

4.9 Beförderung Michael Koch

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig Ja)

Der Stadtoberinspektor Michael Koch, Fachbereich Soziales, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Stadtamtmann zu ernennen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Prävention im Kinder- und Jugendbereich

Herr Föhlinger fragte an, ob das Jugendamt entsprechende Stellen eingerichtet habe, um den beschlossenen Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich nachkommen zu können.

Herr Stoffers erklärte, dass im Bereich SUSI – systemische Unterstützung schulischer Integration - alle Stellen inzwischen besetzt sind, für eine Stelle Streetworker für den Stadtnorden sei die Ausschreibung initiiert.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

B Nichtöffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 6 Genehmigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 17.12.07
- 7 Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Veränderungen im Personalbereich
 - 7.2 Entlassung eines Stadtinspektor-Anwärters

6 Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 17. Dezember 2007

Das Protokoll über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 17.12.07 wird genehmigt.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Veränderungen im Personalbereich

Die Veränderungen im Personalbereich wurden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

7.2 Entlassung eines Stadtinspektor-Anwärters

Herr Gniech erläuterte, dass ein Stadtinspektor-Anwärter die Zwischenprüfung als auch die Wiederholungsprüfung nicht bestanden habe. Nach der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für den gehobenen Dienst sei in diesen Fällen eine Entlassung des Beamten aus dem Vorbereitungsdienst zwingend vorgesehen. Diese Entlassung sei nur mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Quartal möglich; der Verwaltungsausschuss müsse außerdem diese Entlassung beschließen. Vorab erfolge eine Anhörung, die für den heutigen Tag vorgesehen sei. Um keine Fristen zu versäumen, bat Herr Gniech um Zustimmung, die Vorlage als Tischvorlage direkt in den Verwaltungsausschuss geben zu dürfen.

Der Ausschuss stimmte dieser Vorgehensweise zu.

Ende der Sitzung 16:20 Uhr

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Jörn Felbier
Vorsitzender

Christel Rebmann
Protokollführerin